

Wossifische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die 'Wossifische Zeitung' erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage: Zeitbilder, jeden Donnerstag und Sonntag. Sonntags-Beilage: Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Goldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich M. 2.70 bei tgl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. 2.50 od. vierteljährlich M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellenangebote 50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahrespreis. - Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. - Annahmestelle: Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 52-58, und in allen Geschäftsstellen des Verlages Ullstein & Co.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsblatts): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Printzwerk: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 909, 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8696

Jesuitengeleitz und Sprachparagraf aufgehoben

Französischer Massenangriff auf den Brimont gescheitert.

Am 19. April, abends.

Die Besatzung von Brimont hat sich am 19. April, abends, dem französischen Angriff auf den Brimont durch französische Truppen, deren Führer auf den Brimont bereits gescheitert ist. In der Champagne gibt unser Gegenstand den Geländegewinn des Feindes nordwestlich von Aubertville an.

Berlin, 19. April.

Reidung des Wossifischen Telegraphen-Büros.

Die Wossifische Zeitung hat sich am 19. April, abends, dem französischen Angriff auf den Brimont durch französische Truppen, deren Führer auf den Brimont bereits gescheitert ist. In der Champagne gibt unser Gegenstand den Geländegewinn des Feindes nordwestlich von Aubertville an.

Die Wossifische Zeitung hat sich am 19. April, abends, dem französischen Angriff auf den Brimont durch französische Truppen, deren Führer auf den Brimont bereits gescheitert ist. In der Champagne gibt unser Gegenstand den Geländegewinn des Feindes nordwestlich von Aubertville an.

Die Wossifische Zeitung hat sich am 19. April, abends, dem französischen Angriff auf den Brimont durch französische Truppen, deren Führer auf den Brimont bereits gescheitert ist. In der Champagne gibt unser Gegenstand den Geländegewinn des Feindes nordwestlich von Aubertville an.

Die Wossifische Zeitung hat sich am 19. April, abends, dem französischen Angriff auf den Brimont durch französische Truppen, deren Führer auf den Brimont bereits gescheitert ist. In der Champagne gibt unser Gegenstand den Geländegewinn des Feindes nordwestlich von Aubertville an.

Die Dienstpflichtfrage in Amerika.

Drahtmeldung der 'Wossifischen Zeitung'.

Genf, 19. April.

Wilson ist, wie eine Washingtoner Meldung berichtet, über den Widerstand des Kongresses gegen die Wehrpflicht sehr verärgert und weigert sich vollständig, auf irgendeinen Kompromiss einzugehen. Wie der Washingtoner Korrespondent des 'Zeit Parliens' erzählt, dürfte der Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Kongresse die Lösung finden, daß zwar der Grundgesetz...

Der Dienstpflicht angenommen wird, daß aber nur diejenigen Mannschaften nach Europa geschickt werden, die sich dazu freiwillig melden.

Die 'Associated Press' meldet, Wilson habe auf Ersuchen russischer Legation angeboten, daß 500 amerikanische Ingenieure nach Rußland abgehen, um das russische Eisenbahnen nach amerikanischem Muster zu reorganisieren.

Einer Washingtoner 'Times'-Meldung zufolge wird sich eine amerikanische Kommission nach Rußland begeben, um die dortige Regierung in Finanz-Angelegenheiten zu beraten.

Die neuen Unruhen in Petersburg.

Drahtmeldung.

Stockholm, 19. April.

Die 'Svenska Dagbladet' aus Stockholm meldet, sollen sich in der Umgebung von Sime erste Unruhen gezeigt haben. Demobilisierte Soldaten entschlossen die Straße zu räumen und rufen die Macht an sich. Die Unruhen, die von Sime ausgeht, wurde, mußte den Soldaten eine richtige Schläge liefern. In dem Moskauer Brüllow fand ein Jugendprogramm statt. Weiblich herrschte völlige Anarchie. Auch von Oben gegen öffentliche Anstalten ein. Dem wurden Donnerstag fünf Hunderttausend als Besessenen verhaftet, weil sie für die alte Regierung agitieren hatten.

Genf, 19. April.

General Rensmann wurde nach einer Petersburgers Depesche französischer Militär wegen Vorkommnissen und Beschwerden gegen die Staatsicherheit verhaftet. Auch der frühere Ministerpräsident Fürst Gollitsch wurde neuerdings in Haft genommen.

Bern, 19. April.

Der 'Corriere della Sera' meldet zur Lage in Petersburg unter dem 16. April: Rußland mag die betrübende Botschaft in der politischen Festigung durch. Der revolutionäre Arbeiterrat nahm eine Entschlossenheit an, nach der er die Regierung nur dann unterstützen wolle, wenn diese zusammen mit dem Arbeiterrat an der Befestigung der revolutionären Ergebnisse arbeite. Das Wort sagt: 'Natürlich ist mit einer solchen Entschlossenheit der letzte Konflikt zwischen dem Komitee und der Regierung nicht ausgeschlossen. Der Gegensatz zwischen der Regierung und dem Komitee zut eine Bewegung herbei, die neue Ereignisse zur Entwicklung bringt. Man spricht vom Eintritt neuer, dem revolutionären Arbeiterrat angehörender Mitarbeiter in die Regierung. Die provisorische Regierung mahnt zur Eintracht. Man hofft, daß die Bemühungen der englischen und französischen Gesandten bei dem Kaisertrat ein Ergebnis haben werden. Befondere Hoffnungen legt man auf Plehanow, der aber in der Arbeiterpartei die Minderheit vertritt. Es handelt sich um eine Bewegung, die jetzt erst ansetzt und nach viele Veränderungen und unvorhergesehene Ereignisse heraufziehen muß.'

Zugano, 19. April.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

Der 'Corriere della Sera' erzählt aus Petersburg vom 16. d. M. über die Verhandlungen des Rates der Arbeiter und Soldaten: Im Laufe der Debatte sagte der Oberstaatsrat Steffon, die provisorische Regierung sei vollkommen von dem Komitee abhängig. Das Komitee könne sich in jedem Augenblick an ihre Stelle setzen. Wenn es das nicht tue, so gehe es nur deshalb, weil eine bürgerliche Regierung gewisse Forderungen bei der Bürgerpartei leichter durchsetzen könnte. Man anow aus Plow folgt, man müsse die Regierung mehr als Feind denn als Freund betrachten. Köhlich sprach über andere Delegierte. Das ein Soldat, Kamentski, sprach für die Regierung und sagte, ihre Antwort werde auch mit den Waffen für sie eintreten.

Die provisorische Regierung läßt durch Militärautomobile in den Städten Rundungen auswerfen, in denen gesagt wird, die deutsche Flotte erwarte nur das Tauwetter, um in den Golf von Finnland einzufahren und gegen Petersburg vorzuziehen. Man möge sich geforsam um die provisorische Regierung sorgen.

Eine neue Entente-Konferenz.

Drahtmeldung der 'Wossifischen Zeitung'.

Genf, 19. April.

Der englische Premierminister Lloyd George ist unvermutet nach Frankreich abgereist, um an einer möglich einberufenen, am mehrere Tage berechneten Entente-Konferenz teilzunehmen.

Die Beschlüsse des Bundesrats.

Der Bundesrat ist in seiner Sitzung vom 19. April 1917 dem Beschluß des Reichstages, das Gesetz betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juni 1872 aufzuheben, beigetreten.

In der gleichen Sitzung hat der Bundesrat dem Beschluß des Reichstages, den Paragraph 12 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 (Ehrsachenparagraf) zu beseitigen, seine Zustimmung erteilt.

Die Erwägungen, von denen sich der Bundesrat bei seinen Entschlüssen, jetzt endlich und gerade jetzt mit dem Jesuiten gesch, diesem letzten Reite der Antikulturkampf-Vorgeschung, aufzuräumen, leiten ließ, gingen davon aus, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen, unter denen das Jesuitengeleitz geschaffen wurde, heute nicht mehr besteht. Als im Jahre 1872 der Reichstag das von der Regierung in viel milderer Form vorgelegte Jesuitengeleitz in wesentlich veränderter Form beschloß, sagte der Staatsminister v. Oebritz in seiner Begründungsrede: 'Wir leben in einem sehr neuen Staatswesen, das durch große politische Ereignisse hervorgerufen ist.'

Selbst sind 45 Jahre verstrichen. Jahre, in denen die innere Festigung des Reiches dauernde Fortschritte gemacht hat, in denen die Beschmelzung aller Volkselemente in nationalen Gedanken sich nachvoll entwickelt. Das hat sich beim Ausbruch des Weltkrieges gezeigt, bei dem offenbar wurde, daß es zwischen den Angehörigen des Deutschen Reiches in nationaler Hinsicht keine Scheidung, kaum eine Abtönung mehr gibt. Es hat sich gezeigt, daß nicht nur der Katholik eine durchaus locale Neutralität in dem gewaltigen Ringen, an dem auf beiden Seiten katholische Völker beteiligt sind, zu bewahren wußte, sondern auch, daß die deutschen Bischöfe an gültigen, rücksichtslosen Patriotismus in seiner Tiefe hinter den französischen und belgischen zurückstehen. Und was die Jesuiten selbst angeht, so hat die Tatsache, daß sie sich im Felde als Krankenpfleger und Seelforger große Verdienste erworben, ja noch mehr, daß viele von ihnen mit den Waffen für das deutsche Vaterland kämpften, viele sich das eine Kreuz erworben und gar manche den Tod auf dem Felde der Ehre fanden, die Aufrechthaltung von Ausnahmestimmungen gegen sie beinahe unmöglich gemacht. Uebrigens soll mit der Aufhebung des Jesuitengeleitzes ja gar nicht den Jesuiten ein Geschenk gemacht werden, sondern den katholischen Deutschen, die in diesem Kriege ihre Pflichten gegen das Vaterland in so hingebender Weise erfüllt haben, ein langgehegter Wunsch erfüllt werden. Zwischen Theorie und Praxis hätte ohnehin schon längst ein arges Zwiespalt bestanden. Die Jesuitenabsetzungen waren verboten, aber zahllose Angehörige des Jesuitenordens lebten in Deutschland in verschiedenen Stellungen und selbst Beamten. Was von dem Gesetz übrig war und praktischer Wert hatte, verbliebte mehr als es nützte.

Die Aufhebung des Jesuitengeleitzes erscheint dem Bundesrat um so gebieter, als auch andere Volksschichten es als eine Unbilligkeit empfinden würden, wenn man sie nach dem Kriege, in dem sie voll und freiwillig ihre Pflichten getan haben, wieder zurückstoßen wollte.

Der Sprachenparagraf (§ 12) des Vereinsgesetzes, dessen Aufhebung vom Bundesrat jetzt beschlossen worden ist, hat folgenden Wortlaut:

'Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Diese Vorschrift findet auf internationale Kongresse sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Landesparlamente vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung. Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Absehung, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes außerordentliche Bevölkerungsstellen nicht deutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsstellen nach dem Ergebnis der jeweiligen Volkszählung 100 vom Hundert der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten 20 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Mitgliedbrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Beamthalter der öffent-